

# Zum Versagen der deutschen und europäischen "Flüchtlingspolitik"<sup>1</sup>

Verantwortlich für die anhaltende "Flüchtlingskrise" ist nicht etwa ein Naturgesetz, das zwangsläufig und unveränderlich die Flüchtlingsströme in diesem überfordernden Ausmaß einseitig nach Europa und dort im Endeffekt primär nach Deutschland lenkt, sondern zu einem guten Teil ein ebenso verantwortungslos wie eigenmächtiges Handeln der deutschen Bundeskanzlerin. So hatte Angela Merkel Anfang September 2015 im Stile einer absoluten Monarchin selbstherrlich entschieden, bestehende Regelungen außer Kraft zu setzen und nach Ungarn gelangte Flüchtlinge unregistriert nach Deutschland einreisen zu lassen. Damit gab sie - propagandistisch verkauft als "humanitäre Geste" - ein verhängnisvolles Signal der Einladung für sich verstärkende illegale und un-gesteuerte Einwanderungsströme nach Deutschland. Gleichzeitig spielte sie damit auch der Schleuserreklame in die Hände, welche Deutschland als Schlaraffenland für Flüchtlinge verkauft. Die sich daraus ergebenden Folgen für die ungefragte und genötigte Gesellschaft wurden mit einem populistischen "Wir schaffen das" überspielt.

Unbeantwortet bleibt bis jetzt allerdings die Frage, ob "wir", die betroffene Bevölkerung diese aufoktroierte Aufgabe überhaupt schaffen wollen und nicht eventuell ganz andere, ja entgegengesetzte Aufgabestellungen im Sinn haben, nämlich eine bewusste und gezielte, demokratisch legitimierte Zuwanderungssteuerung und nicht zuletzt auch die Zurückdrängung sich ausbreitender islamischen Herrschaftskultur in Deutschland und Europa, die Reparatur, den Ausbau und die Vollendung einer säkularen Demokratie sowie die Durchsetzung einer aufklärungs-humanistischen Wertekultur - gegen die Erosion der kulturellen Moderne.

De facto läuft die unverantwortliche Zulassung und Ermunterung der ungesteuerten und unbegrenzten Masseneinwanderung auf eine **doppelseitige Interessenverletzung** hinaus:

**Zum einen** wird das Grundrecht der einheimischen Bevölkerung auf Erhalt ihres erreichten Lebensführungsniveaus sowie der gewachsen soziokulturellen Standards gravierend verletzt. Wer für die Abwehr dieser zunehmenden und vielfältig auftretenden Verschlechterungen - zum Beispiel in Form von massiven Umverteilungen zugunsten der Migrationsindustrie - eintritt, sieht sich sogar noch

mit dem demagogischen Vorwurf konfrontiert, ein "Rassist" oder Schlimmeres zu sein. In Form dieser fortwährenden pauschalen Diffamierung von Kritikern der regierungsamtlichen "Flüchtlingspolitik" wird gewissermaßen "von oben" Bürgerkrieg geschürt und Hass gesät.

**Andererseits** werden aber durch die Zulassung und Stimulierung einer viel zu großen und zu schnell einströmenden Masse von Immigranten auch die Grundbedürfnisse der Zuwanderer auf menschenwürdige Unterbringung verletzt. Infolgedessen drohen Aggressionsausbrüche angesichts erschöpfter Aufnahmekapazitäten, wachsender Versorgungsengpässe und vielfältiger Integrationsprobleme, die gesetzmäßig Frustrationen hervorbringen und sich zu den ohnehin mitgebrachten ethnoreligiösen Konfliktpotentialen zwischen den Zuwanderergruppen hinzugesellen.

Darüber hinaus hat der von Deutschland ausgegangene Lockruf und der dadurch verstärkte Massenandrang von Flüchtlingen nach und durch Europa zunehmend Streit zwischen den EU-Staaten ausgelöst, neue nationalstaatliche Grenzschutzmaßnahmen provoziert und damit das ohnehin krisengeschüttelte EU-Konstrukt noch weiter labilisiert.

Dem massenmedial allgegenwärtigen, aber dennoch völlig unhaltbaren Verteidigungsdiskurs der unkontrollierten und undifferenzierten Aufnahme der ein-strömenden Zuwanderermassen ist Folgendes entgegenzusetzen:

**1.** Nur bei einem sehr kleinen Teil der einströmenden Immigranten handelt es sich um tatsächlich *politisch Verfolgte*, denen selbstverständlich Asyl zu gewähren ist. Hierzu gehören von Islamisten bedrohte Christen, Jesiden, Atheisten, Afghanen, die mit der Bundeswehr zusammengearbeitet haben und nunmehr von den Taliban als "Verräter" verfolgt werden, Homosexuelle sowie von Genitalverstümmelung bedrohte Frauen und Mädchen - also insgesamt betrachtet islamgeschädigte Personengruppen.

**2.** Ein großer Teil kommt als *"Wirtschaftsflüchtling"* ohne politischen Asylanspruch. Hier greift kein Hinweis auf die Menschenrechte etc. Ein quantitativ und qualitativ steuerndes Einwanderungsgesetz könnte sinnvoll sein; würde aber den Druck illegaler Masseneinwanderung nicht automatisch drosseln.

**3.** Die *Kriegsflüchtlinge* kommen über und aus Länder/n nach Deutschland, in denen sie bereits nicht mehr um ihr Leben fürchten und deshalb fliehen müssen und die der Genfer Flüchtlingskonvention beigetreten sind. Hier geht es also seitens der Einströmenden - obendrein indoktriniert durch Schleuserkriminelle - schlicht um die Realisierung einer vermeintlichen "best of-Option" und nicht darum, ihr Recht auf Schutz verwirklichen zu können. Um es konkret und exakt zu sagen: Es besteht kein Rechtsanspruch darauf, als Flüchtling unbedingt nur in Deutschland zu leben, weil es hier - bei Ausblendung der Interessen und

Rechtsansprüche der einheimischen Aufnahmebevölkerung - angeblich am angenehmsten und schönsten ist. Insofern ist es sowohl rechtlich als auch moralisch inakzeptabel, dass die Genfer Flüchtlingskonvention dahingehend

---

<sup>1</sup> Leicht überarbeiteter Auszug aus dem Wiener Vortrag von Hartmut Krauss (5. Dezember 2015): „Deutschland im Niedergang: Flüchtlingschaos, gesellschaftliche Destabilisierung, fortschreitende Islamisierung“. Der gesamte Vortrag ist abgedruckt in: HINTERGRUND - Zeitschrift für kritische Gesellschaftstheorie und Politik. Osn-abrück 28(2015) IV, S. 3-22.

pervertiert wird, dass hauptsächlich nur das Kommen und Verweilen in Deutschland als Zielland gewissermaßen zum Naturgesetz erhoben wird und daraus faktisch ein Nötigungszwang abgeleitet wird. Demgegenüber ist ein abwehrendes Grundrecht der passiv betroffenen Bevölkerung des Aufnahmelandes im Interesse der Verteidigung gegenüber aufgezwungener Lebensverschlechterung geltenden zu machen, d.h. angesichts einer negativen Beeinträchtigung infolge ungesteuerter und irregulärer Masseneinwanderung von Menschen, die definitiv keine politisch Verfolgten sind und aus sicheren Ländern einströmen. Insofern hier Regierung, Gesetzgeber und Justiz keine Abhilfe schaffen, wird Widerstand zur Bürgerpflicht.

4. Der eigentliche weltpolitische Skandal besteht darin, dass es im Sinne einer globalen Fairness-Regel keine annähernd proportionale Verteilung der Kriegsflüchtlinge auf alle Kontinente gibt (Fair-Teilen), sich zentrale islamische Staaten wie insbesondere die reichen sunnitischen Ölmonarchien komplett abschotten und die EU-Politiker das einfach hinnehmen, damit eine selbstbeschädigende Fehlinternalisierung externe Problemlagen vornehmen und sich jetzt aktuell von der Türkei erpressen lassen. D.h.: Hier ist auch ein absolutes Versagen der EU-Politik festzustellen, die es versäumt hat und weiter versäumt, der einseitigen Abwälzung der Flüchtlingsströme nach Europa entgegenzuwirken und auf eine gleichgewichtige Verteilung von Flüchtlingen auf alle Regionen zu drängen.

Grundsätzlich ist festzustellen: Menschen mit kultureller Prägung lassen sich entgegen verdinglichender neoliberaler und multikulturalistischer Ideologie nicht willkürlich und bedingungslos "globalisieren" wie Waren und Geld. Versucht man es trotzdem, riskiert man katastrophale Verwerfungen. Zu berücksichtigen ist hingegen das Konzept der verträglichen Migrationsrate von Collier (2014): Je höher der Grad der soziokulturellen und qualifikatorischen Differenz der Einwanderer zur Aufnahmegesellschaft ist, desto niedriger sollte/muss die Zahl der Einwanderer sein, um sozialverträglich "absorbiert" bzw. integriert werden zu können.

Die EU sollte sich deshalb wie gesagt auf die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen und Asylsuchenden konzentrieren, die verfolgten nichtmuslimischen Minderheiten angehören oder als Oppositionelle gegen islamische Herrschaftsverhältnisse verfolgt werden und eine stärkere soziokulturelle Affinität mit säkularen Wertorientierungen aufweisen. Demgegenüber sollten muslimische Flüchtlinge in sicheren islamischen Nachbarländern Aufnahme finden. Schiiten und Alawiten im Iran und im Libanon, Sunniten in den arabischen Golfmonarchien, der Türkei und anderen arabischen Staaten.

Der bisherige kardinale Fehler besteht darin, das Gesamtphänomen der Flüchtlingsproblematik und der entstandenen Migrationsströme als europäisches bzw. deutsches Problem zu behandeln, anstatt es als außereuropäisch entstandenes und globalpolitisch zu lösendes Problem anzugehen und zu bearbeiten. Diese Fehlinternalisierung des Flüchtlingsproblems sowie die aktuelle Lenkung der Flüchtlingsströme nach Europa als unausweichliches "Schicksal" müssen sofort überwunden werden.

Erforderlich ist deshalb die rasche Einberufung einer Weltflüchtlingskonferenz auf UNO-Ebene, um

- a) eine globale Aufteilung und ausgewogene Steuerung der Migrationsströme auf alle Weltregionen durchzusetzen und so die einseitige und überlastende Bewegung nach Europa zu beenden,
- b) eine bessere Ausstattung und Versorgung von Aufnahmelagern in den Anrainerstaaten der Krisenregion zu erreichen und
- c) eine internationale Koordination und Effektivierung der Schleuserbekämpfung zu vereinbaren.

An die Stelle der unverantwortlichen Politik, die Länder Europas und vor allem Deutschland zu einem riesigen Problemauffangbecken entwicklungsblockierter nichtwestlicher Herrschaftssysteme und -kulturen zu verwandeln und damit gesellschaftlich zu destabilisieren, muss das Ziel einer globalen Menschenrechtsordnung gegen die problemverursachenden Mächte und Akteure durchgesetzt werden. Darin, in der Unterstützung und Herbeiführung einer Umwälzung un-menschlicher Herrschaftsverhältnisse, und nicht in einer vordergründigen, fehlinternalisierenden und in ihren Folgen selbsterstörerischen Caritas besteht die wahre Humanitas.